



Zuwanderer unerwünscht

Die Flüchtlingsfrage spaltet die polnische Gesellschaft

JUSTYNA SEGEŠ FRELAK
November 2015

- Polen wird überwiegend als Durchgangsstation auf dem Weg zu den reicheren Ländern der EU betrachtet. Dennoch wird auch Polen von Jahr zu Jahr zunehmend Ziel von Zuwander_innen, die jedoch weniger als ein Prozent der Gesamtgesellschaft ausmachen.
- Aus Syrien oder Nordafrika treffen derzeit nur wenige Flüchtlinge in Polen ein. Die Migrationsrouten in die EU könnten sich jedoch ändern und zukünftig auch über Polen führen. Ein dauerhafter Anstieg ist bei der Zahl ukrainischer Staatsbürger_innen zu erwarten, die vor allem wegen des Konflikts in der Ukraine nach Polen kommen.
- Polen ist angesichts der Flüchtlingsfrage tief gespalten. Die Hasswelle im Internet und die öffentlichen Äußerungen derer, die gegen die Aufnahme von Flüchtlingen sind, schockieren. Gleichzeitig spricht man sich in akademischen Kreisen sowie im Umfeld von NGOs für eine Politik der »offenen Arme« aus.
- Gegen die Aufnahme von Flüchtlingen sprechen sich in erster Linie politisch rechte Parteien aus, darunter die Gewinnerin der Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015, die Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS). Der Wahlkampf führte zu einer Radikalisierung der Standpunkte sowie zu einer Emotionalisierung der Debatte.

Die bisherige Regierung unter Ewa Kopacz von der »Bürgerplattform« (PO) hat angekündigt, dass Polen in den nächsten Jahren im Rahmen des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Quotensystems einige Tausend Flüchtlinge aufnehmen wird. Sowohl in Anbetracht der Einwohnerzahl als auch des Ausländeranteils in Polen handelt es sich dabei jedoch nicht um bedeutende Zahlen.

Obwohl auch Polen von Jahr zu Jahr zunehmend Ziel von Zuwander_innen wird, machen diese laut Eurostat-Daten weniger als ein Prozent der Gesellschaft aus. Zum Vergleich: In typischen Einwanderungsländern, wie beispielsweise Großbritannien, beträgt der Anteil der Migrant_innen an der Gesamtbevölkerung 7,8 Prozent, in Frankreich 6,3 Prozent und in Deutschland sogar 8,7 Prozent.¹ Trotz dieses geringen Umfangs der Zuwanderung hat die Migrationskrise Europas in Polen eine Debatte von bisher unbekanntem Ausmaß entfacht und wurde darüber hinaus zu einem wichtigen Wahlkampfthema.

Migrationstrends

Von Masseneinwanderung kann man in Bezug auf Polen bisher nicht sprechen, obgleich sich in letzter Zeit die Zahl legalisierter Aufenthalte stark erhöht hat. So konnte 2014 im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs um gut 50.000 Personen vermerkt werden. Im Januar 2015 besaßen etwa 175.000 Ausländer_innen eine Aufenthaltsgenehmigung für Polen. Dabei stellen die Ukrainer_innen unverändert die größte Gruppe von Zuwander_innen; ihre Zahl wächst stetig.

Das Ausmaß der Abwanderung ist hingegen sehr groß: Nach Angaben des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS lebten zum Ende des Jahres 2013 über zwei Millionen polnische Staatsbürger_innen im Ausland, die meisten in EU-Mitgliedsländern wie Großbritannien (642.000), Deutschland (560.000), Irland (115.000) und den Niederlanden (103.000).

Die Mehrheit der Migrant_innen kommt zu Erwerbszwecken nach Polen. Über 60 Prozent der Arbeitserlaubnisse in Polen werden ukrainischen Staatsbürger_innen erteilt (knapp 30.000 im Jahr 2014). Es folgen

vietnamesische (5,4 Prozent), chinesische (4,8 Prozent), weißrussische (4,2 Prozent) und indische (2,8 Prozent) Staatsbürger_innen.² Ein wesentlicher Anteil der Migrant_innen hält sich jedoch illegal im Land auf – die sogenannte Grauzone umfasst Schätzungen zufolge bis zu 450.000 Menschen.³

Infolge der Internationalisierung des Hochschulwesens wird Polen für eine wachsende Gruppe von Ausländer_innen auch zu einem Studienort. Nach Angaben des polnischen Statistischen Hauptamtes (GUS) studierten am 30. November 2014 in Polen etwa 46.000 Ausländer_innen, von denen 60 Prozent aus der Ukraine und aus Weißrussland stammen.

Einen geringen Anteil der Migrant_innen in Polen machen Flüchtlinge aus. 2014 bemühten sich 8.193 Personen um den Flüchtlingsstatus, die meisten davon aus Russland (fast 90 Prozent mit tschetschenischer Volkszugehörigkeit). Daneben suchten aufgrund des Ukraine-Konflikts ukrainische Staatsbürger_innen in bislang ungekanntem Ausmaß internationalen Schutz und lösten damit die Georgier_innen ab, die in Polen seit 2009 infolge des russisch-georgischen Konflikts die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe gestellt hatten. Zudem kamen über 100 Menschen aus Armenien, Syrien, Tadschikistan und Kirgistan. In diesem Jahr wurden bis zum 14. Mai 2015 nach Angaben des Ausländeramts 2.919 Anträge auf Flüchtlingsstatus gestellt.

Im Vergleich zu anderen EU-Ländern hat Polen Anträge auf Flüchtlingsstatus in deutlich weniger Fällen positiv beschieden: Im Jahr 2014 erhielten nur 16 Prozent der Bewerber_innen einen Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutzstatus, bedeutend weniger als der EU-Durchschnitt von 40 Prozent, jedoch mehr als in Ungarn, wo nur neun Prozent der Anträge bewilligt wurden.⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Flüchtlinge aus dem Kriegsland Syrien oder aus Nordafrika bisher nicht massenhaft in Polen eintreffen. Stattdessen ist eher ein dauerhafter Anstieg der Zahl ukrainischer Staatsbürger_innen zu erwarten. Diese Situation ist nicht

1. Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Non-national_population_by_group_of_citizenship,_1_January_2014_%28%C2%B9%29_YB15.png.

2. Daten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik für 2014.

3. I. Czerniejewska (2014): *Pracownicy bez granic. Raport krajowy. Polska* [Arbeitnehmer ohne Grenzen. Länderbericht. Polen], Stowarzyszenie Interwencji Prawnej, Warszawa.

4. Eurostat (2015): *Asylum applicants and first instance decisions on asylum applications: 2014 – Issue number 3/2015*.

nur durch den bewaffneten Konflikt in der Ukraine bedingt, sondern auch durch die geografische Nähe, die Ähnlichkeit von Sprache und Kultur, ausgebaute Migrationskanäle sowie Vereinfachungen für den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Da ukrainische Staatsbürger_innen in Polen nicht auf den Flüchtlingsstatus zählen können, legalisieren sie ihren Aufenthalt auf andere Weise (Wirtschafts- oder Bildungsmigration).⁵ Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass eine Reihe von Faktoren, wie die Abschottung der Grenzen durch einige EU-Länder, eine Änderung der von den Flüchtlingen momentan genutzten Migrationsrouten in die EU zur Folge haben kann. In diesem Fall könnten Flüchtlinge über Rumänien und die Ukraine nach Polen kommen.

Die Positionen der politischen Parteien

Die offizielle Haltung Polens zur Flüchtlingskrise und zu entsprechenden Lösungsvorschlägen hat sich in den vergangenen Wochen gewandelt. Anfangs stellte sich die polnische Regierung mit der gesamten Visegrád-Gruppe gegen die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem »Juncker-Plan«, was scharfe Kritik seitens anderer EU-Staaten hervorrief. Nach langen Verhandlungen stimmte auf dem Sondertreffen der EU-Innenminister_innen am 22. September 2015 aus der Visegrád-Gruppe allein Polen dem neuen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge zu. Somit werden in den kommenden beiden Jahren etwa 7.000 Flüchtlinge Polen zugeteilt werden. Die bisherige Premierministerin Ewa Kopacz (PO) begründete die Entscheidung der Regierung folgendermaßen: »Polen kann es sich heute nicht leisten, Wirtschaftsmigranten aufzunehmen, doch wir wollen Flüchtlinge aufnehmen, die sich in ihrem Land nicht sicher fühlen können.«

Vonseiten der bisherigen Opposition, hauptsächlich von der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS), kam es teilweise zu Vorwürfen des nationalen Verrats. Während der Flüchtlingsdebatte im Sejm brachte die PiS sogar das Argument vor, die Flüchtlinge seien kein Problem Polens, sondern allein ein deutsches Problem. Darüber hinaus sollten die polnischen Steuerzahler_innen nach Auffassung der PiS-Politiker_innen nicht für die Folgen der Kolonialpolitik anderer EU-Mitgliedsländer aufkommen.

5. Vgl. Urząd Cudzoziemców [Ausländerbehörde] (2015): *Raport na temat obywateli ukraińscy* [Bericht zu ukrainischen Staatsbürgern], Oktober 2015; <http://udsc.gov.pl/wp-content/uploads/2014/12/UKRAINA-04.10.2015-r..pdf>.

Mehr noch: Vor den Parlamentswahlen betonte der PiS-Fraktionsvorsitzende Mariusz Błaszczak, dass man bei einem Wahlsieg die Entscheidung der PO-Regierung zur Aufnahme von Flüchtlingen rückgängig machen werde.

Gegen die Aufnahme von Flüchtlingen sprachen sich im Wahlkampf auch andere, politisch rechte Parteien aus, wie beispielsweise die Partei des Rechtspopulisten Paweł Kukiz, dem bei den jüngsten Parlamentswahlen auf Anhieb der Einzug in den Sejm gelang. Nach Auffassung der politischen Rechten sollte sich Polen um die Rückkehr von im Ausland lebenden polnischen Staatsbürger_innen sowie die Repatriierung von Menschen polnischer Herkunft aus den Gebieten der ehemaligen UdSSR bemühen, statt Flüchtlinge aufzunehmen. Die Politiker_innen des »Bündnisses der Demokratischen Linken« (SLD) äußerten sich sehr vorsichtig zum Thema Zuwanderung, wobei sie die Notwendigkeit der Hilfe für Flüchtlinge und deren »Assimilation« betonten.

Sowohl die Bauernpartei PSL als auch die wirtschaftsliberale »Nowoczesna«, die im neuen Sejm vertreten sein werden, unterstützten die Entscheidung der PO, auch wenn sie die intransparente Entscheidungsfindung in dieser Angelegenheit ablehnten. Der Vorsitzende der Partei Nowoczesna gab in einem Interview zu bedenken: »Polen hat eine moralische Pflicht die Flüchtlinge aufzunehmen (...). Polen, als ein europäisches Land, hat die Pflicht das zu tun.«

Die gesellschaftliche Debatte zur Flüchtlingsfrage

»Flüchtlingswelle kommt auf Polen zu« oder »Immigranten überfluten Europa« waren typische Schlagzeilen polnischer Zeitungen in den vergangenen Wochen. Die Migrationskrise hat in Polen eine leidenschaftliche Debatte ausgelöst. Bereits 2014, vor der Eskalation der Krise, zeigten sich die polnischen Staatsbürger_innen in einer Befragung des Pew Research Center verhältnismäßig skeptisch gegenüber Zuwanderung: Während in Deutschland und Großbritannien ca. 70 Prozent der Bevölkerung die Meinung vertraten, dass ihre Länder durch das Talent und die Arbeitskraft der Zuwander_innen gestärkt würden, waren es in Polen nur knapp 25 Prozent. Die Hälfte der polnischen Befragten hingegen gab an, Zuwander_innen seien eine Last für das Land, da sie Arbeitsplätze wegnehmen und Sozialleistungen in Anspruch nähmen.

Wenn es um Flüchtlinge aus Ländern mit bewaffneten Konflikten geht, spricht sich laut aktuellen Umfragen knapp die Hälfte der polnischen Staatsbürger_innen für eine Aufnahme dieser Menschen aus. Allerdings ist der Anteil derer, die gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen in Polen sind, in den vergangenen Monaten gewachsen, von 21 Prozent im Mai auf 40 Prozent im September. Die Hälfte der Befragten gab an, dass die Flüchtlinge nur für eine gewisse Zeit bleiben sollten.⁶ In einer weiteren Erhebung kurz vor den polnischen Präsidentschaftswahlen wurde zwischen Anhänger_innen der PiS und der PO unterschieden. Die Meinungen gingen deutlich auseinander: Unter den Anhänger_innen der PiS fanden sich überwiegend Gegner_innen einer Aufnahme von Flüchtlingen (52 Prozent), während 42 Prozent entsprechende Maßnahmen unterstützten. Unter den Wähler_innen der PO überwog die Zustimmung deutlich gegenüber der Ablehnung (70 zu 28 Prozent).⁷

Angesichts der Flüchtlingsfrage ist die polnische Gesellschaft tief gespalten: Auf der einen Seite organisieren polnische Staatsbürger_innen Kundgebungen unter dem Motto »Flüchtlinge erwünscht« oder nehmen an solchen teil; auf der anderen Seite werden Demonstrationen mit Transparenten wie »Rückkehrer statt Immigranten« organisiert. Auch die Hasswelle im Internet schockiert. Gleichzeitig wird sich in akademischen Kreisen sowie im Umfeld von Nichtregierungsorganisationen jedoch für eine Politik der »offenen Arme« ausgesprochen und sogar für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen plädiert, als bisher mit den übrigen EU-Mitgliedsstaaten vereinbart. Erwähnenswert ist beispielsweise die Aktion »Tag der Solidarität mit Flüchtlingen« vom 15. Oktober 2015, an der etwa 130 Institutionen (Nichtregierungsorganisationen, Kulturschaffende aus Theatern, Museen und anderen Institutionen und Organisationen) teilnahmen.

Die Debatte um Flüchtlinge und Migrant_innen findet in Polen auf einem äußerst niedrigen Niveau statt. Bedingt auch durch den Wahlkampf scheint eine von Stereotypen geprägte Herangehensweise an das Problem zu dominieren. Einerseits sollte die negative Einstellung gegenüber Flüchtlingen überraschen: In Polen gibt es insgesamt nur wenige Zuwander_innen und die Flücht-

linge aus Südeuropa oder Ungarn sind noch nicht in Polen angekommen. Davon abgesehen, hat Polen jahrelang Tausende von Flüchtlingen aus Tschetschenien aufgenommen, ohne dass dies Befürchtungen in dem Maße hervorgerufen hätte wie in der aktuellen Debatte über die Aufnahme einer deutlich geringeren Anzahl von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten oder Nordafrika. Dies könnte daran liegen, dass der russisch-tschetschenische Krieg den Durchschnittspolen stärker berührte als die Konflikte etwa in Syrien oder im Irak, die für ihn weit entfernt sind. Darüber hinaus gab es damals keine internationale Debatte über eine globale Flüchtlingskrise und die Schließung von Grenzen. Die aktuell laufende Debatte findet in Polen einen starken Widerhall und hat in dem Land zum ersten Mal eine breite öffentliche Diskussion zum Thema Migration entfacht.

Andererseits sind die Befürchtungen der Gesellschaft zu einem gewissen Grad verständlich: Sie sind vor allem auf fehlendes Wissen, Stereotype und die Angst vor dem Unbekannten zurückzuführen. Repräsentative Umfragen im Auftrag der Internationalen Organisation für Migration (IOM) belegen das fehlende Wissen der Polinnen und Polen: Ein Viertel von ihnen ist der Ansicht, dass der Ausländeranteil zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Polens beträgt. Tatsächlich liegt dieser Anteil lediglich bei knapp einem Prozent. Gleichzeitig hatten lediglich 19 Prozent der Befragten innerhalb des vergangenen Jahres Kontakt mit Ausländer_innen. Vor dem Hintergrund der starken Prägung der Migrationsdebatte durch Stereotype riefen über 40 Redaktionen von Zeitungen, Funk, Fernsehen und Internetplattformen in Zusammenarbeit mit dem Ausländeramt die Aktion »Mehr Wissen – weniger Angst – Flüchtlinge in Polen« ins Leben, um das Flüchtlingsproblem gründlich zu beleuchten und es den polnischen Staatsbürger_innen näherzubringen. In mehreren polnischen Städten finden Diskussionen zur Migrations- und Flüchtlingsproblematik statt und das Innenministerium hat eigens das Informationsportal »Alles, was Du schon immer über Flüchtlinge wissen wolltest« ins Leben gerufen.

Situation von Zuwander_innen und Flüchtlingen in Polen

Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs von Ausländer_innen zum polnischen Arbeitsmarkt wurden erst einige Jahre nach dem EU-Beitritt Polens eingeleitet.

6. CBOS (2015): Das Verhältnis zu Flüchtlingen im Kontext der Immigrationskrise in Europa, September 2015.

7. CBOS (2015): Flüchtlinge im Vorfeld des Unionsgipfels zur Immigrationskrise, CBOS, Oktober 2015.

Angesichts der lange Zeit hohen Arbeitslosigkeit – im Jahre 2003 betrug sie 20 Prozent – war das davor nicht möglich gewesen. Gerechtfertigt wurde die Einleitung solcher Maßnahmen unter anderem mit dem Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels sowie mit der Emigration polnischer Staatsbürger_innen nach 2004. Diese Faktoren führten zu einem gesteigerten Interesse der Arbeitgeber_innen an der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Ergebnis dieser Maßnahmen war beispielsweise ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Saisonarbeitskräfte sowie für bestimmte Gruppen von Studierenden und Hochschulabsolvent_innen. Hohe Priorität genießt unverändert die saisonale Migration, die vor allem den sekundären Arbeitsmarkt betrifft.⁸

Die realen juristischen Erleichterungen gingen jedoch nicht mit systemischen Integrationsmaßnahmen einher. Im Jahr 2014 nahm Polen im Migrant Integration Policy Index (MIPEX), der die Integrationspolitik in 38 Ländern miteinander vergleicht, lediglich den 32. Platz ein und ließ damit nur Lettland, Zypern, die Slowakei und Malta hinter sich. Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auf die eingeschränkten Möglichkeiten der Beteiligung am politischen Geschehen sowie auf die schlechte Vorbereitung polnischer Schulen auf die Integration ausländischer Kinder hin. Neben den offensichtlichen Unterschieden des Lebensstandards in Polen im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsländern führen all diese Faktoren dazu, dass Zuwanderung nach Polen nur in sehr geringem Umfang stattfindet und lediglich vorübergehender Natur ist.

Tatsächlich verlassen viele Flüchtlinge Polen wieder – nicht nur während sie auf die Erteilung des Flüchtlingsstatus warten, sondern sogar nach dem Erhalt dieses Status. Neben den oben aufgeführten Gründen spielt hierfür vor allem die unzureichende Unterstützung bei der Integration eine Rolle. Die einzigen direkt vom Staat durchgeführten Maßnahmen sind die Individuellen Programme zur Integration (IPI), die zu internationaler Hilfe berechtigte Personen (mit Flüchtlingsstatus oder subsidiärem Schutzstatus) in Anspruch nehmen können. Ob-

wohl die Durchführung der Programme an sich positiv zu beurteilen ist, stehen sie seit Jahren für ihre eingeschränkte Effektivität in der Kritik, da nur wenige Menschen nach Abschluss der Programme eine feste Arbeit oder eine Wohnung finden oder der polnischen Sprache mächtig sind.

Ein weiteres Problem stellt der Mangel einer Vorintegrationspolitik für die Menschen in den Flüchtlingsunterkünften dar. Dies erschwert ihnen den Einstieg in ein selbstständiges Leben in Polen nach Erhalt des Schutzstatus. Somit zwingen sowohl fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten als auch Wohnungsprobleme zur Ausreise aus Polen. Nach Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) werden viele Flüchtlinge Opfer von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oder sehen sich sogar mit Obdachlosigkeit konfrontiert.⁹

Perspektiven


Es stellt sich die Frage, was getan werden muss, um das Potenzial der nach Polen kommenden Menschen auszuschöpfen. Es stimmt, dass ein Teil der Flüchtlinge Polen ohnehin wieder verlässt und das Land nur als Durchgangsstation auf dem Weg zu den reicheren Ländern der EU betrachtet wird. Dennoch besteht die Herausforderung fort, denjenigen Menschen die Ansiedlung zu erleichtern, die in Polen bleiben wollen. Diese werden bisher vor allem durch die schlechten materiellen Verhältnisse vor Ort zur Ausreise gezwungen.

Die derzeit vordringliche Aufgabe ist daher die Annahme und Umsetzung einer umfangreichen Integrationspolitik, die alle Gruppen von Zuwander_innen umfasst. Auch eine fundierte Diskussion über das Thema Flüchtlinge und Zuwanderung im weiteren Sinne sowie eine Intensivierung der Maßnahmen zur Sensibilisierung der Gesellschaft sind unumgänglich.

Offen bleibt, inwieweit die gegen Zuwanderung gerichteten Slogans des Wahlkampfes die weitere Migrationspolitik beeinflussen werden. Seit den Parlamentswah-

8. Vgl. Ministerstwo Spraw Wewnętrznych [Ministerium für innere Angelegenheiten] (2012): *Polityka migracyjna Polski – stan obecny i postulowane działania* [Die polnische Migrationspolitik – Status quo und Maßnahmenforderungen], Warschau; M. Duszczak (2014): *Ewolucja polskiej polityki migracyjnej w zakresie migracji zarobkowych po 1 maja 2004 r* [Die Evolution der polnischen Migrationspolitik angesichts der Erwerbsmigration], »Studia BAS«, Nr. 4, S. 37–54.

9. Vgl. K. Wysińska (2012): *Gdzie jest mój dom? Bezdomność i dostęp do mieszkań wśród ubiegających się o status uchodźcy, uchodźców i osób z przyznaną ochroną międzynarodową w Polsce* [Wo ist mein Zuhause? Obdachlosigkeit und Zugang zu Wohnungen unter Anwärtern des Flüchtlingsstatus, Flüchtlingen oder Personen mit anerkanntem internationalem Schutz in Polen], ISP, UNHCR.



len am 25. Oktober und dem Ende des Wahlkampfes haben sich die Parteien kaum noch zur Flüchtlingskrise und zur Aufnahme von Flüchtlingen durch Polen geäußert. Nur Leszek Miller, Chef des SLD, stellte fest, dass es vermutlich ein Fehler der Kampagne der »Vereinigten Linken« – der Koalition aus SLD, »Twój Ruch« und den Grünen – war, eine zu moderate Stellung zur Flüchtlingsfrage einzunehmen. Momentan konzentrieren sich die Parteien auf die Regierungsbildung (PiS), die personelle Neuaufstellung nach der Wahlniederlage (PO) bzw. die Selbstfindung in der außerparlamentarischen Wirklichkeit (Vereinigte Linke). Vereinzelt Aussagen der letzten

Tage von Politiker_innen der PiS, die im neuen Sejm über eine absolute Mehrheit verfügen und damit allein regieren wird, lassen jedoch vermuten, dass die neue Regierung die Entscheidung der Vorgängerregierung, 7.000 Flüchtlinge aufzunehmen, nicht anfechten wird. Für den Fall, dass die EU über die bisherigen Vereinbarungen hinaus versucht, eine größere Zahl von Flüchtlingen umzuverteilen, ist jedoch mit dem entschiedenen Widerstand der wichtigsten politischen Akteure in Polen zu rechnen. Und die drängende Aufgabe einer umfassenden Integrationspolitik wird mit Sicherheit so bald nicht in Angriff genommen werden.



Über die Autorin

Justyna Segeš Frelak ist Leiterin des Programms für Migrationspolitik im Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) in Warschau.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-320-1